



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Groupement suisse pour les régions de montagne
Gruppo svizzero per le regioni di montagna
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Postfach, 3001 Bern

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin des EFD

3003 Bern

var@bazg.admin.ch

Bern, 22. Juni 2023
TE / I 25

Stellungnahme der SAB zur Aufhebung der Befreiung der Elektroautomobile von der Automobilsteuer

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu randvermerktem Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete und ländlichen Räume in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die Zahl der verkauften Elektroautomobile ist in den letzten Jahren rapide angestiegen auf einen Wert von 45'000 im Jahr 2022. E-Autos setzen sich damit am Markt immer mehr durch. Eine weitere Steuerbefreiung der E-Autos ist damit auch aus Sicht der SAB nicht mehr gerechtfertigt. Dies insbesondere auch, da diese Steuerbefreiung für die Käuferinnen und Käufer oft gar nicht im Kaufpreis sichtbar ist.

Der steigende Anteil an E-Autos stellt auch eine Herausforderung für die Finanzierung des Strassenverkehrs dar. Dieser wird heute wesentlich über die Mineralölsteuer und damit über Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor finanziert. E-Autos leisten noch keinen Beitrag, benutzen aber dieselben Strasseninfrastrukturen. Die SAB ist deshalb der Auffassung, dass eine neue Finanzierung des Strassenverkehrs mit einer finanziellen Beteiligung der E-Autos aufgegleist werden muss. Wir werden uns diesbezüglich detailliert äussern, sobald die entsprechende Vernehmlassungsvorlage des Bundes vorliegt.

Wenn die E-Mobilität neu ebenfalls besteuert wird, so darf dies nicht aus der Optik der Sanierung der Staatsfinanzen geschehen, sondern aus der Optik der zweckgebundenen Finanzierung der Strasseninfrastrukturen und der damit verbundenen Kosten. Die SAB

fordert deshalb, dass die zusätzlichen Einnahmen aus der Besteuerung des Importes von Elektroautos vollumfänglich in den NAF fliessen. Zudem sollen die Einlagen in den NAF aus der Mineralölsteuer nicht wie in der Vernehmlassung vorgeschlagen auf ein Minimum gekürzt werden. Die zusätzlichen Mittel müssen vollumfänglich dem NAF zur Verfügung stehen und dürfen nicht zur Sanierung des Bundeshaushaltes verwendet werden. Die Ansprüche an den NAF waren in den letzten Jahren immer grösser als die effektiv verfügbaren Mittel und haben dazu geführt, dass bei den Ausbausritten Strasse Bauvorhaben auf Nationalstrassen priorisiert und zurückgestellt werden mussten. Dies betraf insbesondere auch die aufklassierten Hauptstrassen (Netzbeschluss), welche nicht so rasch wie bei der Übernahme erwartet erneuert und ausgebaut werden. Die SAB erwartet deshalb, dass die durch die vorliegende Vorlage zusätzlich generierten Mittel prioritär in Projekte in den Berggebieten und ländlichen Räumen investiert werden, die beim aktuellen Ausbausritt 2023 der Strasse leider vernachlässigt werden.

Fazit: Die SAB unterstützt die Abschaffung der Befreiung von E-Autos von der Importsteuer, fordert aber, dass sämtliche Mittel in den NAF fliessen und somit zweckgebunden dem Strassenverkehr zur Verfügung stehen. Die Vorlage darf nicht zur Sanierung der Bundesfinanzen missbraucht werden. Die zusätzlichen Mittel müssen prioritär in Projekte in den Berggebieten und ländlichen Räumen investiert werden.

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Die Präsidentin:

Der Direktor:

Christine Bulliard-Marbach
Nationalrätin

Thomas Egger

Résumé

Le SAB - Groupement suisse pour les régions de montagne - approuve la modification de l'ordonnance sur l'imposition des véhicules automobiles, ainsi que la suppression de l'exonération de l'impôt sur les véhicules automobiles pour les voitures électriques. Car le nombre de véhicules électriques mis en circulation augmente rapidement. Cela pose des défis pour le financement du trafic routier. En effet, ces véhicules sont actuellement exonérés de l'impôt sur les importations d'automobiles ; ils ne sont pas non plus soumis à l'impôt sur les huiles minérales. C'est pour cela que le SAB est d'avis qu'il faut mettre en place un nouveau financement du transport routier, avec une participation financière des véhicules électriques. Toutefois, le SAB demande que les fonds obtenus par ce biais soient réaffectés au trafic routier et ceci en particulier dans les régions de montagne et rurales. Ce projet ne doit pas servir à assainir les finances fédérales.